

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/200

20. Oktober 1975

Kein Programm für "Baulöwen"!

Erste Bilanz des Sonderprogramms "Wohnungsmodernisierung"

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Die Stimme seines Herrn

Franz Josef Strauß spricht für Helmut Kohl

Seite 3 / 34 Zeilen

Lehren aus dem Mönchengladbacher Eklat

Nordrhein-Westfalens SPD braucht eine schlagkräftige
Organisation

Seite 4 / 39 Zeilen

Kümmert euch mehr um eure alten Mitbürger!

Aufrüttelnde Ergebnisse einer Untersuchungstudie

Von Dr. Gisela Kießau

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seite 5 bis 7 / 126 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 126 403
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 37 - 38
Telex: 05 06 046 - 42 spbd d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

Kein Programm für "Baulöwen"!

Erste Bilanz des Sonderprogramms "Wohnungsmodernisierung"

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der außerordentlich schnelle Ablauf des Sonderprogramms "Wohnungsmodernisierung" hat eine Vielzahl von Kritikern auf den Plan gerufen. Immer wieder ist in den vergangenen Wochen die Vermutung aufgetaucht, daß bei der schnellen Belegung des Programms einige große Wohnungsbau-träger mit umfangreichen Anmeldungen vorab den Überwiegenden Teil der Zuschußmittel reserviert hätten. Oppositionsabgeordnete unterstellten zuletzt noch in der Fragestunde des Bundestages der Bundesregierung, daß sie hier ein Programm allein für die Wohnungsbau-gesellschaften aufgelegt habe.

Ein erster Überblick der für die Durchführung der Programme verant-wortlichen Länder über die Struktur des Abnehmerkreises belegt ein-drucksvoll, wie ungerechtfertigt solche Unterstellungen waren. Der Möglichkeit, daß einzelne Gesellschaften einen zu großen Teil des Kuchens für sich in Anspruch nehmen, war bereits durch die Richtlinien ein Riegel vorgeschoben worden. Die zuschufähigen Kosten waren für die Antragsteller auf 300.000 DM begrenzt. Bei einer vollen Ausschöpfung (20.000 DM je Wohnung) bedeutete dies, daß eine Modernisierung von ma-ximal 15 Wohnungen je Antragsteller möglich war. Es zeigt sich jetzt, daß sich diese Regelung außerordentlich bewährt hat. Die Ergebnisse einer ersten von uns durchgeführten Umfrage bei den Ländern beweisen, daß das Programm eine sehr große Streuwirkung gehabt hat. Wohnungsbau-gesellschaften sind offenbar nur in ganz geringem Umfang beteiligt. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise sind rund 40.000 Anträge zur Be-

willigung eingeplant mit einem durchschnittlichen Zuschuß von fünf bis 6.000 DM. Dies läßt darauf schließen, daß fast ausschließlich Privateigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern zum Zuge gekommen sind, aber auch Besitzer von kleineren Mietwohngebäuden.

In Niedersachsen sind sehr viele Anträge gerade von kleinen Sparkassen und Raiffeisenkassen eingegangen. Dies macht deutlich, daß hier auch der ländliche Raum besonders stark vertreten ist. Ähnlich sind die Berichte aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Hier entfallen rund zwei Drittel der eingeplanten Zuschüsse auf Anträge aus dem Sparkassen- und Genossenschaftsbereich. Auch die Stadtstaaten schließlich haben bestätigt, daß vorwiegend "kleine Leute" zum Zuge gekommen sind. So verteilen sich beispielsweise in Bremen die hier zur Verfügung stehenden Zuschüsse in Höhe von 9,8 Millionen DM auf rund 2200 Antragsteller.

Ich meine, diese Ergebnisse zeigen, daß die Mittelverteilung insgesamt ein befriedigendes Ergebnis erbracht hat. Sicher: Nicht alle Nachfrager konnten bedient werden. Ein erheblicher Nachfrageüberhang bleibt wegen der auf 700 Millionen DM begrenzten Mittel bestehen. Ich habe großes Verständnis für den Ärger und Unmut derjenigen, die sich die große Mühe der Antragstellung machten, nun aber nicht zum Kreis der Begünstigten gehören. Aber: Ein größeres Volumen an Modernisierungsmitteln war finanzwirtschaftlich nicht darstellbar, zumal ja eine Hälfte der Mittel aus Länderhaushalten kommen mußte. Eine Abwicklung des Programms über die Länderverwaltungen hätte wegen seiner langsameren Umsetzungsmöglichkeiten dem bitter notwendigen konjunkturellen Effekt zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Bau- und Ausbaugewerbe nicht Rechnung tragen können.

Ich begrüße es sehr, daß einige Kreditinstitute inzwischen mit günstigen Konditionen dazu übergegangen sind, das Ihre zu tun, um den vielen Bürgern, die offenbar zur Modernisierung bereit sind, zu helfen. Im Übrigen verweise ich darauf, daß im nächsten Jahr 304 Millionen DM für die Modernisierung im normalen Jahresprogramm bereitstehen. Dies sind immerhin 16 Millionen DM mehr als 1975. (-/20.10.1975/hgy/pr/e)

+ + +

Die Stimme seines Herrn

Franz Josef Strauß spricht für Helmut Kohl

Der Verlauf des letzten Wochenendes hat die Situation innerhalb der beiden Unions-Parteien geklärt: Nomineller Kanzlerkandidat ist zwar noch der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl, der bestimmende Sprecher ist aber der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Am deutlichsten wurde dieser Tatbestand im Punkt Polenabkommen, denn in diesem außen- und innenpolitisch gravierenden Fall hat Strauß für Kohl, der sich bisher zu diesem Thema öffentlich nicht geäußert hat, mitgeteilt, daß sie sich einig in der Ablehnung des Abkommens seien.

Diese politische Bevormundung des allmählich zur Marionette werden- den CDU-Vorsitzenden wird noch deutlicher in der Parallelerklärung von Strauß und Kohl, daß die Unions-Parteien im Bundestagwahlkampf auf Konfrontationskurs gehen würden. Damit hat sich die Santhofener Taktik des CSU-Vorsitzenden gegen die bisher von Kohl gedeckte Linie des CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf durchgesetzt, der für die CDU-Führung einen Wahlkampf der Argumentation den Vorzug gegeben hatte. Die rabiate "Bayernkurier"-Zurechtweisung des Kohl-Generalsekretärs hat dazu geführt, daß es jetzt schon zu einer völlig offenen Frage geworden ist, ob Biedenkopf überhaupt noch einen Platz in der nunmehr in Führungsmannschaft umgetauften Kernmannschaft des Kanzlerkandidaten finden wird. Die Selbstaufgabe des mehr und mehr in den Hintergrund abgedrückten ehem. CDU-Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel, der zugunsten des bedrängten Biedenkopf auf seinen Führungsplatz auf der CDU-Liste in Nordrhein-Westfalen verzichtet hat, ist offenkundig zu spät gekommen.

Die Vermutungen und, soweit es die CDU angeht, Befürchtungen, daß der Rheinland-Pfälzer der Aggressivität und Robustheit des Bayern nicht gewachsen sein dürfte, hat sich früher bestätigt als selbst Skeptiker erwartet hatten. Man wird sich also jetzt an die Tatsache gewöhnen müssen, daß "die Stimme seines Herrn" aus der Münchner Lazarettstraße den wirklichen Ton angibt, wenn sich der Hausherr des Konrad-Adenauer-Hauses zu Wort meldet. Wenn sich die Koalitionsparteien und vor allem die SPD rechtzeitig genug auf diese Realität einstellt und den Wahlkampf entsprechend führt, kann sie schon in einer sehr frühen Phase des großen Wahlkampfes um die Mehrheit im Bundestag 1976 dafür sorgen, daß der Wähler den richtigen "Durchguck" hat, wenn er sich fragt, ob er es noch verantworten kann, der CDU die Stimme zu geben. (s/20.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Lehren aus dem Mönchengladbacher Eklat

Nordrhein-Westfalens SPD braucht eine schlagkräftige Organisation

Bei allem berechtigten Unbehagen über den eklatanten Verlauf des Landesparteitages der nordrhein-westfälischen SPD in Mönchengladbach darf ein Ergebnis nicht aus dem Auge verloren werden: In den Diskussionen über politische Sachfragen, bei der Verabschiedung der vorliegenden Anträge, hat es keine Differenzen gegeben. Hier wurde Geschlossenheit demonstriert und damit unter Beweis gestellt, daß die SPD an Rhein und Ruhr auch künftig ihre Politik geschlossen und offensiv nach außen vertreten wird.

Was sich allerdings bei den Wahlen zum neuen Landesvorstand abspielte, war alles andere als ein Ruhmesblatt für den nahezu 300.000 Mitglieder zählenden stärksten Landesverband der SPD. Wer allerdings aus dem verworrenen Verlauf der Vorstandswahlen Schlußfolgerungen für die Gesamtpartei ziehen will, der ist auf dem Holzweg. Das Fiasko bei den Wahlen zum stellv. Landesvorsitzenden ist ein spezifisches Problem der NRW-SPD.

Erst vor vier Jahren hatten sich die vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirke Westliches Westfalen, Niederrhein, Ostwestfalen-Lippe und Mittelrhein nach langen innerparteilichen Diskussionen dazu durchgerungen, einen NRW-Landesverband zu gründen. Die Erwartungen der Delegierten, dadurch ein schlagkräftiges und effektives Instrumentarium zur Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu bekommen, haben sich bisher nicht erfüllt. Die Rangeleien bei den Mönchengladbacher Vorstandswahlen waren auch nicht unbedingt primär gegen einzelne Personen gerichtet. Hier spiegelte sich vielmehr - wie es eine Delegierte treffend umschrieb - "das allgemeine Unbehagen über die Ohnmacht und die mangelnde Beweglichkeit des Landesvorstands wider".

Ein anderes Problem wurde durch das Wahldilemma von Mönchengladbach deutlich: Die SPD-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen haben noch kein ausreichendes Landesverbandsbewußtsein entwickelt, sie sind noch zu stark dem Bezirksdenken verhaftet. Wer aber einen Landesverband will, der muß ihm auch bestimmte Befugnisse und Apparate zur Verfügung stellen, der muß den Landesvorstand mit echten Kompetenzen ausstatten, damit dieser politisch effektiv handeln kann. Nur so können die Erwartungen der Mitglieder erfüllt werden.

Wenn dies gelingt, und das wird eine der Hauptaufgaben des neuen Landesvorstandes mit Werner Figger und seinen beiden Stellvertretern Antje Huber und Heinz Junker an der Spitze sein, dann ist dem Mönchengladbacher Wahlfiasko auch etwas Positives abzugewinnen. Hierauf gilt es die ganze Kraft - insbesondere auch der Bezirke und ihrer Vorstände - zu konzentrieren.

Gode Japs
(-/20.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Kümmert euch mehr um eure alten Mitbürger!

Aufrüttelnde Ergebnisse einer Untersuchungsstudie

Von Dr. Gisela Klessau

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Lebenslage Älterer Menschen in der Bundesrepublik entspricht vielfach nicht der Lebensqualität, wie sie in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 umschrieben wird: "Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard. Sie ist Bereicherung unseres Lebens über Einkommen und Konsum hinaus. Sie setzt ein neues Verständnis von Allgemeininteresse voraus." Immer wieder wird die Öffentlichkeit durch Skandalmeldungen, durch die Schilderung tragischer Fälle aus ihrer gleichgültigen Haltung für kurze Zeit herausgerissen, um dann die Probleme dieser Personengruppe wieder genauso schnell zu verdrängen. Viele Briefe haben in den letzten Jahren auch die Gewerkschaften erreicht; alte Gewerkschaftsmitglieder beklagten darin ihre finanzielle Situation, ihr Leben ohne Kontakte, ihre schlechten Wohnverhältnisse, die oft menschenunwürdige Unterbringung oder Behandlung in Heimen, das Alleingelassensein bei schlechter Gesundheit usw.

Das war Anlaß für den DGB, seinem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut den Auftrag zu erteilen, eine Untersuchung über die Situation der Älteren Menschen durchzuführen. Rund zwei Jahre hat eine Gruppe von Wissenschaftlern und Praktikern sich dieser Aufgabe unterzogen.

Die nun vorliegende WSI-Studie über "Die Lebenslage Älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland" hat zwei Aufgaben. Zum einen soll sie die derzeitigen Mängel und Lücken in der Altenhilfe aufzeigen, zum anderen soll sie durch die aufgestellten Empfehlungen und Forderungen dazu beitragen, ein politisches Programm der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lage der Älteren Menschen zu formulieren. Zu einem Teilbereich ist die Umsetzung bereits erfolgt: Anfang September 1975 hatte der stellv. DGB-Vorsitzende Gerd Muhr ein Programm für Ältere Arbeitnehmer der Presse vorgestellt, das im wesentlichen auf der Analyse des ersten Teils der Studie aufbaut.

Es gilt Vorurteile abzubauen!

Da auch das Erwerbsleben die Lage im Alter sehr stark beeinflusst, war hier ein erster Ansatzpunkt für die Kritik gegeben. Die vielfältigen Beschäftigungsschwierigkeiten mit zunehmendem Lebensalter, die von Einzelfall zu Einzelfall sehr verschieden sind, verlangen Maßnahmen, die eine eignungs- und neigungsgerechte Beschäftigung mit zunehmendem Lebensalter bei angemessener Entlohnung sicherstellen und die Vorurteile genereller körperlicher und geistiger Leistungsdefizite Älterer Arbeitnehmer abbauen, dabei allerdings mehr als bisher die mit zunehmendem Lebensalter auftretenden individuell unterschiedlichen Leistungsveränderungen berücksichtigen.

Zwei Maßnahmenarten kommen, wie auch bei allen noch darzustellenden Forderungen, in Betracht:

- Maßnahmen, die bereits bestehende Mißstände beseitigen und entstehende Nachteile sowohl materiell als auch immateriell ausgleichen - etwa durch tarifvertragliche Regelungen;
- Maßnahmen, die erst solche Mängel gar nicht oder nicht in dem Maße entstehen lassen, also im Rahmen langfristiger Vorausschau etwa bei

der Berufsberatung, der Personalplanung, der Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesundheitsvorsorge, die sich verändernde Situation mit zunehmendem Lebensalter berücksichtigen.

Gefährdung der 55- bis 65jährigen

Die Folgen der physischen und psychischen Überlastung (Akkord- und Schichtarbeit, Lärm, Licht und Schmutz und die Doppelbelastung der erwerbstätigen Frau) im jüngeren und vor allem mittleren Lebensalter werden in der hohen Invaliditätsquote Älterer Arbeitnehmer deutlich: rd. drei Viertel aller Berufs- und Erwerbstätigkeitsfälle treten in der Altersgruppe der 55- bis 65jährigen auf. Daß dieser Tatbestand Auswirkungen auf das Einkommen hat, ist bekannt. Ziel muß es also sein, durch eine Veränderung der Verteilung der Lebenslagen (Ausbildung, Weiterbildung, gleiche Chancen für Männer und Frauen in der Arbeitswelt) die Lebensseinkommenskurve und die Lebensarbeitsleistung zu verfestigen. Im Rahmen kurzfristig wirkender Maßnahmen ist an die materielle Verbesserung von Problemgruppen gedacht.

Deher werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Härteausgleich für die Lohndiskriminierung in der Vergangenheit durch eine pauschale Höherbewertung der Versicherungszeiten vor 1956 für alle Frauen;
- Zeiten der Kindererziehung sollten als anrechnungsfähige Versicherungsjahre anerkannt werden;
- werden Beiträge, die bei der Heirat erstattet wurden, wieder nachentrichtet, so müssen die in der Versicherung verbliebenen Arbeitgeberbeiträge wiederaufleben.

Der Tatbestand "Frühinvalidität" sollte bei der Bemessung der Höhe der Geldleistungen genauso bewertet werden wie der Tatbestand "Alter". Die Anrechenbarkeit der Zurechnungszeit, die bisher auf das 55. Lebensjahr begrenzt ist, sollte auf die jeweils geltende Altersgrenze ausgedehnt werden.

Zu den strukturellen Maßnahmen gehört die Einführung eines Systems der Pflichtvorsorge für alle Bevölkerungsgruppen, die allgemeine Beitragspflicht und die Sicherstellung der Kontinuität von Versicherungsverläufen. In diesem Punkt kommt dem Ausbau einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau besondere Bedeutung zu.

Parteien sollen Rentner-Arbeitsgruppen schaffen

Die Interessensorganisation Älterer Menschen und ihre Interessendurchsetzung ist in der Bundesrepublik kaum entwickelt. Es sollte überlegt werden, ob nicht die Parteien und Gewerkschaften auf allen Ebenen Rentnerausschüsse und -arbeitsgruppen zur Formulierung, öffentlichen Diskussion und Umsetzung der eigenen Interessen auch institutionell in ihren Satzungen verankern sollten. Durch Mangel an Kontakten sind besonders die Älteren Menschen oft aufgrund ihres Ausscheidens aus dem Berufsleben, nicht ausreichender finanzieller Versorgung und eigener Erkrankung oder gesundheitlicher Störungen von Kontaktpersonen betroffen. Je plötzlicher und tiefgreifender die Einengung des Kontaktfeldes erfolgt, desto eher gerät der Betagte in die Gefahr, Opfer von physischen und psychischen Störungen zu werden.

Kontaktpflege als Teilgebiet der Altenhilfe verfolgt ein doppeltes Ziel: a/ Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen Älterer Menschen als Propädeutik zur Vermeidung gesellschaftlicher Desintegration, und b/ Kompensation

der durch Tod bzw. Krankheit und/oder Wechsel der sozialen Position abgerissenen Kontakte.

Wenn alte Menschen versorgungs- und/oder pflegebedürftig werden und kein Heimplatz mit adäquater Betreuung/Pflege zur Verfügung steht, ist es fast unvermeidlich, daß sie von Familienmitgliedern, häufig im gemeinsamen Haushalt, betreut werden. Angesichts der Belastungen, die mit der Versorgung und/oder Pflege chronisch kranker alter Menschen verbunden sind, werden gefordert: ein Netz ambulanter Dienste und sozialer Hilfen; die Erleichterung der Hauspflege durch den verstärkten Einsatz von ausgebildeten Hauspflegekräften; sowie eine qualitativ und quantitativ ausreichende Zahl von Pflegeheimplätzen.

Damit verbunden ist die Forderung, auch für Menschen in Kranken- und Pflegeheimen die Kostenträgerschaft der Krankenkassen anzuerkennen. Es geht nicht, daß für jemanden mit dem gleichen Krankheitsbild und den gleichen Heilungs- oder Besserungschancen, wenn er in einem Krankenhaus untergebracht ist, die Krankenkasse die Kosten übernimmt, während dieselbe Person, ist sie im Pflegeheim, die Kosten selbst übernehmen muß, d.h. ihr Einkommen bzw. Vermögen bei den heutigen Pflegesätzen oftmals ganz in Anspruch genommen wird und sie auf ein geringes Taschengeld und in der Mehrzahl der Fälle auf die Sozialhilfe angewiesen ist.

Kardinalmängel in der Altenhilfe

Mangelnde Koordination, die Fehlleitung von Hilfen und Diensten, die Überversorgung (etwa die Versorgungspflege in Altenheimen bei sehr rüstigen alten Menschen) einerseits und die Unterversorgung andererseits (etwa bei kurzfristiger Erkrankung in der eigenen Wohnung), Fehlplacierungen, die aus falscher oder fehlender Planung entstehen, kennzeichnen die derzeitige Altenhilfe. Deshalb wird ein Gesamtversorgungssystem angestrebt, in dem allen älteren Menschen im Bedarfsfall die notwendigen und wünschenswerten Hilfen zur Verfügung stehen. Die Bündelung von Maßnahmen verschiedener Träger zur Deckung des individuellen Hilfebedarfs muß zur Regel werden. Unabhängig von der Unterscheidung nach Hilfearten (offene Hilfen, ambulante Dienste, halb-offene-teilstationäre Hilfen, geschlossene Hilfen) sind Krankenhilfe (ärztliche Behandlung), Pflegehilfe (Hauskrankenpflege, Pflege in Institutionen, Hilfe zur Körperpflege) und soziale Hilfe (Haushaltshilfe, Einkaufshilfe, Essen auf Rädern, Wächedienst) die Elemente des Gesamtversorgungssystems, aus denen sich die einzelnen Angebote ergeben.

Schließlich sollte die Einstellung zum Alter und zum Älteren Menschen von uns allen einmal überdacht werden, auch dadurch wäre in vielen Fällen die Lebenslage des Älteren zu verbessern. (-/20.10.1975/ee/wi)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellner